

## **Niederschrift**

### **über die Sitzung**

**des Ausschusses für Schulen sowie Kultur, Jugend, Sport und Soziales**

**am Mittwoch, dem 05.10.2011, 15:00 Uhr,**

**im Rathaus in Friedeburg**

#### **Anwesend:**

##### **→ Ausschussmitglieder**

Johann Ennen, Horsten (Vorsitzender)  
Hartwig Conrads, Etzel  
Maike Eilers, Abickhufe (Vertretung für Rh. Hans-Hermann Lohfeld ; ab 15:45 Uhr)  
Lotte Fischer, Marx  
Eva Grüßing, Bentstreek (Vertretung für Rh. Harald Dirks)  
Inge Meyer, Horsten  
Hans-Otto Rasche, Friedeburg (Vertretung für Rh. Achim Ackermann)  
Ingo Renken, Friedeburg (bis TOP 6; 17:15 Uhr)  
Traute Reuber, Friedeburg

##### **→ stimmberechtigte Mitglieder des Schulausschusses**

Nicole Sielaff, Lehrervertreterin  
Gunda Steevens, Elternvertreterin

##### **→ beratende Mitglieder für den Kindergartenbereich**

Sandra Basler, Elternvertreterin (bis TOP 6; 17:15 Uhr)  
Uta Rutz, Personalvertreterin (bis TOP 11; 17:35 Uhr)

##### **→ beratendes Mitglied für den Jugendbereich**

Verena Getrost, Jugendparlament (bis TOP 11; 17:35 Uhr)

##### **→ Vertreter der Verwaltung**

Bürgermeisterin Karin Emmelmann  
Verw.-Angest. Ferdinand Goetz  
GOI Andrea Jeske, Protokollführerin

**→**

##### **→ Gäste**

Karin Motzki, Lehrerin Sonnensteinschule Horsten (zu TOP 5)  
Marion Michallek, Erzieherin Kindergarten Etzel (zu TOP 5)

## **Öffentlicher Teil**

### **TOP 1: Eröffnung der öffentlichen Sitzung**

Der Vorsitzende eröffnete um 15:00 Uhr die öffentliche Sitzung.

### **TOP 2: Feststellung der ordnungsmäßigen Ladung und Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende stellte fest, das form- und fristgerecht mit Schreiben vom 26.09.2011 zu der Sitzung eingeladen worden sei. Einwendungen dagegen wurden nicht erhoben.

### **TOP 3: Feststellung der Tagesordnung - öffentlicher Teil**

Rh. Rasche bat darum, den TOP 13 „Gebäudeerwerb für Bürgerverein Horsten e. V.“ in den öffentlichen Teil zu verlegen, da über dieses Thema bereits mehrfach öffentlich diskutiert worden sei.

Die BM wies darauf hin, dass die Angelegenheit grundsätzlich im öffentlichen Teil nach TOP 5 behandelt werden könne. Schützenswerte Daten, wie z.B. Namen und Kaufpreis dürften jedoch nur im nichtöffentlichen Teil genannt werden.

Dem Antrag von Rh. Rasche, den TOP 13 im öffentlichen Teil zu behandeln, wurde mit der Einschränkung, Namen und Kaufpreis nur im nichtöffentlichen Teil zu nennen, einstimmig zugestimmt, ansonsten wurde die Tagesordnung ebenfalls einstimmig angenommen.

Rh. Rasche hat mit „Ja“ gestimmt.

### **TOP 4: Genehmigung der Niederschrift vom 31.08.2011 - öffentlicher Teil**

Personalvertreterin Rutz erklärte, dass sie zu TOP 5 gesagt habe, dass die Früh- und Spätdienstzeiten in den Kindergärten bereits jetzt schon flexibel in Anspruch genommen werden könnten und bat um entsprechende Berichtigung der Niederschrift.

Die Niederschrift über die Sitzung vom 31.08.2011 wurde mit dieser Änderung mit 8 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme genehmigt.

Rh. Rasche hat mit „Nein“ gestimmt.

### **TOP 5: Modellprojekt Brückenjahr - Kindergarten/Grundschule**

GOI Jeske erläuterte die Vorlage.

Frau Motzki und Frau Michallek stellten das „Modellprojekt Brückenjahr“ anschaulich vor. Sie berichteten u.a., dass durch die zur Verfügung stehenden Zusatzstunden die Möglichkeit geschaffen worden sei, sich wechselseitig in den Einrichtungen besuchen und sich über Arbeitsweisen und über die Kinder austauschen zu können. Es fände dadurch eine intensive Teamarbeit zwischen Kindergärten und Grundschule auf „Augenhöhe“ statt. Mit dem Buch „Baum der Erkenntnis“ hätte man sich auf ein gemeinsames durchgängiges Beobachtungs- und Dokumentationsverfahren geeinigt.

Die Kinder des Kindergartens Etzel würden im letzten Kindergartenjahr alle 14 Tage für Büchereibesuche mit dem Bus zur Sonnensteinschule Horsten fahren und so frühzeitig den Schulweg kennenlernen können. Vor Beginn des Beginns Modellprojekts hätten die Kinder im

letzten Jahr vor der Einschulung insgesamt nur ca. zweimal die spätere Grundschule besuchen können.

Weiterhin sei ein verändertes Schuleingangsverfahren eingeführt worden. Mit dem Gruppenspiel „Hexe Mirola“, bei dem auf spielerische Art die Kompetenzen der Kinder aufgezeigt würden, gebe es nun ein eigenständiges Beobachtungs- und Dokumentationsverfahren, dessen Ergebnisse auch in der Einschulungsuntersuchung bzw. im „Gesundheitscheck“ mit einfließen würden. Dieses Gruppenspiel gäbe es mittlerweile in allen Grundschulen der Gemeinde Friedeburg.

Frau Motzki und Frau Michallek äußerten den Wunsch, dass es für jede Kindertagesstätte (Kita) der Gemeinde Friedeburg eine/n Kooperationsbeauftragte/n geben sollte. Dazu wären zusätzliche Personalstunden für die Kitas erforderlich.

Rh. Conrads meinte, dass dieses Projekt weitergeführt werden solle und erkundigte sich nach den Kosten. GOI Jeske erläuterte, dass die Kindergärten Etzel und Horsten jeweils eine Personalstunde pro Woche zusätzlich benötigen würden und die Kosten hierfür bei ca. 1.000,00 € jährlich lägen.

Frau Motzki ergänzte, dass die Sonnensteinschule die zusätzliche Schulstunde voraussichtlich im Rahmen der Sprachförderung leisten könne.

Die BM wies darauf hin, es sei nicht selbstverständlich, dass Grundschule und Kindergarten derart positiv und konstruktiv zusammenarbeiten würden. Oftmals gebe es Vorbehalte zwischen beiden Institutionen. Wenn dieses gute Projekt fortgeführt werden solle, müsse die „Brücke“ zwischen allen gemeindlichen Grundschulen und den kommunalen, kirchlichen und freien Kindertagesstätten „gebaut“ werden. Der schulpädagogische Bereich sei Ländersache, und die Lehrerstundenversorgung müsse dann entsprechend ausgebaut werden.

Frau Motzki berichtete, dass sich der bestehende Kooperationsvertrag zwischen den anderen Grundschulen und Kindergärten der Gemeinde Friedeburg bereits positiv ausgewirkt habe.

Rfr. Reuber meinte, alle Kinder sollten gleichermaßen gefördert und das Projekt nahtlos fortgeführt werden.

Rh. Rasche ergänzte, die anderen Einrichtungen müssten dies auch wollen und fragte, wie diese dazu stehen würden. Lehrvertreterin Sielaff teilte mit, dass seitens der Grundschulen schon viel in die Wege geleitet worden sei, um den Übergang vom Kindergarten in die Grundschule zu erleichtern. In der Grundschule Reepsholt würden im Gegensatz zur Sonnensteinschule Horsten Kinder aus fünf Kindergärten eingeschult werden. Die Kindergärten hätten bereits signalisiert, dass es nicht leistbar sei, mit z.B. nur 5 Kindern die Grundschule zu besuchen. In den Kindergärten müsse dann für Vertretungen gesorgt werden. Sie verwies auf den bereits bestehenden Kooperationsvertrag und meinte, es könnte ggf. einiges aus dem Modellprojekt in den Kooperationsvertrag einfließen. Für Kindergärten, deren Kinder anschließend verschiedene Grundschulen besuchen, sei die Koordination schwierig, und es müsse viel geklärt werden.

Rh. Conrads schlug vor, dass das Projekt zwischen dem Kindergarten Etzel, dem Sonnenstein-Kindergarten und der Sonnensteinschule Horsten nahtlos fortgesetzt und entsprechende Gelder hierfür zur Verfügung gestellt werden sollten. Für die anderen Einrichtungen solle ein Konzept entwickelt und in einer der nächsten Fachausschusssitzungen hierüber neu beraten werden.

Die BM sagte, die Gemeinde könne nicht ohne Weiteres Aufgaben des Landes übernehmen. Der Vorschlag von Rh. Conrads solle aber aufgenommen und Überlegungen sollten angestellt werden, wie das Projekt in Etzel und Horsten weitergeführt werden könne.

Rh. Rasche sagte, die Grundschulen müssten den Gegenpart sicherstellen, um den diese nur gebeten werden könnten. Die Verantwortung des Landes könne die Gemeinde nicht übernehmen.

Rh. Conrads stellte den Antrag, für das Schuljahr 2011/2012 das Projekt zwischen dem Kindergarten Etzel, dem Sonnenstein-Kindergarten und der Sonnensteinschule Horsten weiterzuführen, die Kosten hierfür durch die Gemeinde Friedeburg zu übernehmen und die Verwaltung damit zu beauftragen, finanzielle Fortsetzungswege zu finden. Für die anderen Grundschulen und Kindertagesstätten der Gemeinde Friedeburg sollen zum Schuljahr 2012/2013 Wege und Mittel gefunden werden, die Konzepte anzupassen.

Mit 10 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung wurde folgender Beschlussvorschlag gefasst:

Dem VA wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

**Für das Schuljahr 2011/2012 soll das Projekt „Brückenjahr Kindergarten/Grundschule“ zwischen dem Kindergarten Etzel, dem Sonnenstein-Kindergarten und der Sonnensteinschule Horsten weitergeführt werden. Für die anderen Grundschulen und Kindergärten in der Gemeinde Friedeburg soll diese Zusammenarbeit ab Kindergarten- bzw. Schuljahr 2012/2013 ebenfalls erfolgen. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept mit den Kindergärten und Grundschulen vorzubereiten und unter Beteiligung von Landkreis und Land einen Finanzierungsvorschlag zu erarbeiten und das Ergebnis dem Verwaltungsausschuss über den Fachausschuss vorzustellen.**

Rh. Rasche hat sich seiner Stimme enthalten.

#### TOP 6:           **Gebäudeerwerb für Bürgerverein Horsten e. V.**

Verw.-Angest. Goetz erläuterte die Vorlage.

Rh. Conrads stellte den Antrag, einen Vertreter des Bürgervereins das Nutzungskonzept vorstellen zu lassen.

Mit 8 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme wurde dem Antrag zugestimmt.

Rh. Rasche hat mit „Nein“ gestimmt.

Herr Rolf Hardt, Vorsitzender des Bürgervereins Horsten e. V., der als Zuhörer anwesend war, trug das Nutzungskonzept vor. Er berichtete, dass es seitens des Bürgervereins viele Initiativen geben würde, wie z.B. Seniorennachmittage, Betreuung für jüngere Kinder, Einsatz für den Tourismus, Sauberkeit des Ortes. Um diese Bereiche erweitern zu können, würden entsprechende Räumlichkeiten benötigt. Auch in Bezug auf das Holzbildhauersymposium wolle sich der Bürgerverein stärker einbringen. Weiterhin bestehe die Idee, für die Gemeinde ein Bürgerbüro vor Ort einzurichten.

Rfr. Fischer meinte, die Immobilie in der Kirchstraße sei wegen des baulichen Zustandes für den vorgesehenen Verwendungszweck nicht geeignet und fragte, welche Maßnahmen der Bürgerverein mit den gewünschten 80.000,00 € durchführen möchte.

Rh. Rasche sagte, dass der Bürgerverein Wünsche äußern, aber nicht den Erwerb eines Gebäudes beantragen könne. Die Nutzung des Gebäudes in der Kirchstraße wäre wegen möglicher Altlasten mit erheblichen Kosten verbunden. Er spreche sich gegen einen Kauf des Gebäudes aus. Es sei des Öfteren über einen Neubau nachgedacht worden, aber der Bürgerverein würde sich leider dagegen sperren.

Rfr. Reuber meinte, das Gebäude in der Kirchstraße sei wegen der guten Lage für die vorgesehene Nutzung geeignet und wies auf das große Engagement des Bürgervereins hin.

Man solle ernsthafte Überlegungen anstellen, das Vorhaben zu finanzieren, da die Räumlichkeiten für verschiedene Gruppen genutzt werden könnten. Sie sprach sich gegen einen Neubau aus.

Rh. Conrads lobte ebenfalls das Engagement des Bürgervereins. Er erwähnte die Vorgehensweise in Reepsholt bzgl. des Ballma-Hauses und meinte, man könne jetzt in Bezug auf das Gebäude in der Kirchstraße nicht „Nein“ sagen. Die benötigten Haushaltsmittel sollten für die Jahre 2011 und 2012 bereitgestellt werden.

Rh. Rasche sagte, eine etwaige Bodensanierung auf dem Grundstück des Gebäudes würde voraussichtlich mehr als 100.000,00 € kosten. Das könne die Gemeinde sich nicht leisten.

Jugendparlamentsvertreterin Getrost bedauerte, dass sich vom Bürgerverein niemand mit den Jugendlichen in Verbindung gesetzt habe. Es müsse ein Haus gefunden werden, in dem auch für die Jugend Räumlichkeiten vorhanden wären. Rh. Conrads entgegnete, dass auch die Jugend sich mit dem Bürgerverein hätte in Verbindung setzen können.

Rfr. Eilers fragte, durch wen die Umbaumaßnahmen erfolgen sollten, und wie die Zusammenarbeit mit der Jugend aussähe.

Rfr. Reuber fragte die Verwaltung, wie das Ergebnis der Prüfung bzgl. der Altlasten sei. Verw.-Angest. Goetz antwortete, dass nur das Gebäude in Augenschein genommen worden sei. Bevor es zu einem Kauf käme, müsse der Boden hinsichtlich Altlasten noch untersucht werden.

Herr Hardt vom Bürgerverein teilte mit, dass ein Neubau nicht abgelehnt worden sei, der Bürgerverein aber lieber ein historisches Gebäude nutzen wolle. Eine Zusammenarbeit mit der Jugend fände z.B. in der fernsehfreen Woche der Grundschule statt. Jugendparlamentsvertreterin Getrost entgegnete, dass die Jugendlichen aus den Jugendzentren keine Grundschüler seien. Herr Hardt antwortete, dass diese Jugendlichen für das Feuchtbiotop besonders mit einbezogen worden seien. Seitens des Bürgervereins würden der Kindergarten, die Grundschule und auch die älteren Jugendlichen beteiligt. Es würde niemand ausgegrenzt. In Bezug auf die erforderlichen Umbaumaßnahmen teilte er mit, dass Handwerkerarbeiten, die eine Konzession voraussetzen würden, wie z.B. Elektroarbeiten, durch ortsansässige Fachfirmen durchgeführt würden. Alle anderen Arbeiten würde der Bürgerverein in Eigenleistung erbringen können.

Rh. Rasche meinte, um das Gebäude energetisch auf den heutigen Stand zu bringen, wäre allein für diese Maßnahmen der veranschlagte Gesamtbetrag zu verdoppeln.

Rfr. Reuber sagte, für die Entscheidungsfindung müsse vorab der Boden auf mögliche Altlasten untersucht werden. Verw.-Angest. Goetz teilte mit, dass, wenn die Gemeinde Interesse am Kauf des Gebäudes hätte, das Ergebnis der Bodenuntersuchung vor einem Kauf vorliegen müsse. Alles Weitere sollte im nichtöffentlichen Teil der Sitzung besprochen werden.

Es erfolgte keine Beschlussempfehlung.

**TOP 7: Erstattung der Fahrtkosten für Schülerinnen und Schüler für den Besuch der allgemein bildenden Sekundarstufe II (Antrag Rh. Theo Hinrichs vom 26.06.2009) - Bericht**

Der Vorsitzende übergab das Wort an Rh. Theo Hinrichs, der als Zuschauer anwesend war.

Rh. Hinrichs sagte, dass die Übernahme der Fahrtkosten Aufgabe des Landes sei. Das Land hätte sicherzustellen, dass alle Schüler und Schülerinnen gleiche Bildungschancen erhielten. Für den Besuch weiterführender Schulen müssten jedoch die Fahrtkosten grundsätzlich von den Eltern getragen werden.

Jugendparlamentsvertreterin Getrost meinte, dass auch Schüler und Schülerinnen, die ein berufliches Gymnasium, an dem auch die allgemeine Hochschulreife erworben werden könne, eine Fahrtkostenerstattung erhalten sollten.

Rh. Hinrichs sagte, dass die Übernahme der Fahrtkosten eine freiwillige Leistung der Gemeinde wäre und das Leben und Wohnen in der Gemeinde Friedeburg attraktiver machen würde.

Rh. Rasche meinte, dass Landkreis und Land sich aus der Verantwortung ziehen würden. Die Gemeinde solle nicht für alle Bereiche der allgemeinbildenden Sekundarstufe II die Fahrtkosten übernehmen, sondern ab dem 01.11.2011 nur für Schulformen, die der Landkreis Wittmund nicht vorhalten würde.

Rh. Conrads fragte, ob in der Aufstellung, die der Vorlage als Anlage beigefügt wurde, die SGB-II-Empfänger berücksichtigt seien. GOI Jeske verneinte dies.

Jugendparlamentsvertreterin Getrost meinte, dass auch Fahrtkosten für die Berufsbildende Sekundarstufe II übernommen werden sollten, da der Landkreis Wittmund einige dieser Schulformen auch nicht anbieten würde.

Elternvertreterin Basler sagte, dass die Schüler und Schülerinnen in Bezug auf die Busverbindungen zum Teil sehr lange Wartezeiten in Kauf nehmen müssten.

Rfr. Reuber meinte, im Rahmen der Gleichbehandlung müssten auch die Kosten für Fahrten mit dem eigenen PKW übernommen werden. Um Fahrtkosten zum 01.01.2012 übernehmen zu können, solle in der heutigen Sitzung darüber entschieden werden.

Die BM wies darauf hin, dass es sich bei der Übernahme von Fahrtkosten um eine freiwillige Leistung handeln würde und der Rahmen festgelegt werden müsse, ob z.B. auch Fahrtkosten für die Nutzung nichtöffentlicher Verkehrsmitteln übernommen werden sollen. Es müsse auch der Aufwand für die Antragsbearbeitung durch die Verwaltung berücksichtigt werden, insbesondere im Hinblick auf die politische Vorgabe, Personal einzusparen. Die Finanzierung müsse in diesem Jahr entweder über einen Nachtragshaushaltsplan oder eine Gegenfinanzierung durch Mehreinnahmen oder Minderausgaben an anderer Stelle erfolgen.

Rh. Rasche teilte mit, dass der Landkreis vor Jahren bereits im Rahmen einer freiwilligen Leistung die Kosten der Schülerbeförderung übernommen hätte und eine Übernahme der Fahrtkosten für Fahrten mit dem eigenen PKW einen hohen Personalaufwand bedeuten würde. Er schlug vor, nur die Kosten für Fahrten mit öffentlichen Verkehrsmitteln für den Besuch aller staatlichen Schulen des allgemeinbildenden SEK-II-Bereiches im Landkreis Wittmund und der Schulformen, die im Landkreis Wittmund nicht angeboten würden, zu übernehmen.

Rfr. Eilers schlug vor, nur einen Zuschuss zu den Fahrtkosten zu gewähren, da dies die Eltern schon entlasten würde. Elternvertreterin Basler stimmte dem zu.

Rh. Conrads schlug vor, dass die Verwaltung das Thema noch mal überarbeiten und einzelne Beschlussfassungen vorschlagen solle.

Rh. Rasche sagte, es müsse den Schülern und Schülerinnen die Möglichkeit gegeben werden, kostenlos eine Schule bis zum Abitur besuchen zu können. Dafür könnten nicht die Eltern zuständig sein. Er stellte den Antrag, ab dem 01.11.2011 die Kosten für Fahrten mit öffentlichen Verkehrsmitteln für den Besuch aller staatlichen Schulen des allgemeinbildenden SEK-II-Bereiches im Landkreis Wittmund und aller Schulformen des allgemeinbildenden SEK-II-Bereiches, die im Landkreis Wittmund nicht angeboten würden, befristet für ein Jahr zu übernehmen.

Rfr. Reuber meinte, auch Fahrten mit einem privaten PKW sollten berücksichtigt werden. Man dürfe die Entscheidung nicht vorschnell treffen.

Rfr. Fischer sagte, aus Sicht der Eltern solle eine freiwillige Übernahme der Fahrtkosten für alle Schüler und Schülerinnen gleichermaßen gelten und nicht nur für den Besuch eines Gymnasiums.

Jugendparlamentsvertreterin Getrost stimmte dem zu und sagte, dass es ungerecht sei, nur Fahrtkosten zu einigen Schulen zu übernehmen, da jede Schule verschieden sei und unterschiedliche Leistungskurse anbieten würde. Auch Fachgymnasien sollten berücksichtigt werden.

Rh. Rasche sagte, eine Übernahme der Fahrtkosten solle nur für den Besuch von Schulformen übernommen werden, die auch vorgehalten werden müssten. Wenn Fahrtkosten zur KGS Wittmund gefördert würden, könnten durch eine höhere Schülerzahl ggf. auch dort andere Leistungskurse angeboten werden. Man müsse nicht alles fördern, was gewünscht werde. Es gäbe auch Angebote, die z.B. nur in Berlin vorgehalten würden.

Lehrervertreterin Sielaff meinte, man könne es nicht jedem Recht machen und es solle jetzt etwas auf den Weg gebracht werden.

Rh. Rasche bat um Abstimmung seines Antrags.

Mit 7 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung wurde folgender Beschlussvorschlag gefasst:

Dem VA wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

**Die Gemeinde Friedeburg übernimmt ab 01.11.2011 die Kosten für Fahrten mit öffentlichen Verkehrsmitteln für den Besuch aller staatlichen Schulen des allgemeinbildenden SEK-II-Bereiches im Landkreis Wittmund und aller Schulformen in staatlicher Trägerschaft des allgemeinbildenden SEK-II-Bereiches, die im Landkreis Wittmund nicht angeboten werden. Die Übernahme der Fahrtkosten ist bis zum 31.10.2012 befristet.**

Rh. Rasche hat mit „Ja“ gestimmt.

#### **TOP 8: Richtlinien über Förderung von Vereinen, Jugendgruppen etc. - Neufassung**

GOI Jeske erläuterte die Voralge.

Rfr. Reuber meinte, es sei gerecht, auch den Reitvereinen künftig Investitionszuschüsse zu gewähren.

Rfr. Eilers sagte, es handele sich hier wieder um freiwillige Leistungen, daher sollten die Richtlinien nur befristet gelten. Verw.-Angest. Goetz erwiderte, dass der VA darüber zu entscheiden hätte, ob und in welcher Höhe Anträge gefördert würden. Die Richtlinien bräuchten daher nicht zeitlich befristet werden.

Rh. Rasche schlug vor, in den Richtlinien einen Passus aufzunehmen, bei Anträgen für Investitionen bei Bedarf dem VA das Vereinsvermögen offen legen zu müssen.

Einstimmig wurde folgender Beschlussvorschlag gefasst:

Dem VA wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

**Dem vorliegenden Entwurf (Stand 28.09.2011) der Richtlinien der Gemeinde Friedeburg über die Förderung von Vereinen usw. wird zugestimmt. In den Richtlinien ist unter Punkt C, Ziffer 3 der Passus aufzunehmen, dass dem VA auf Verlangen das Vereinsvermögen offen zu legen ist.**

Rh. Rasche hat mit „Ja“ gestimmt.

**TOP 9: Bericht der Bürgermeisterin über wichtige Angelegenheiten - öffentlicher Teil**

Die BM berichtete gemäß der beigefügten Anlage, die Bestandteil dieser Niederschrift ist.

**TOP 10: Anfragen und Anregungen - öffentlicher Teil**

Rfr. Eilers monierte den Umgang miteinander im Fachausschuss. Den Vorwurf, man arbeite in den Fraktionen nicht richtig zusammen, wolle sie nicht stehen lassen. Der Vorsitzende solle sich inhaltlich nicht zu Themen äußern, sondern nur die Sitzung leiten. Jeder könne seine Meinung kund tun, die sich im Verlauf der Sitzung durch Diskussionen und neue Erkenntnisse auch ändern könnte.

Rh. Rasche erkundigte sich, ob in Bezug auf die offene Jugendarbeit eine neue Stellenausschreibung unbedingt erforderlich sei, und ob nicht ggf. noch Bewerbungen aus der damaligen Ausschreibung vorliegen würden. Die BM antwortete, dass seit der damaligen Stellenausschreibung viel Zeit vergangen sei. Bewerbungen würden nicht mehr vorliegen. Die Bewerbung von Frau Budde-Frerichs sei eine Initiativbewerbung gewesen. Gute Sozialarbeiterinnen seien schwer zu bekommen. Da die Stelle teilzeitgeeignet sei, könnten sich auch mehrere Bewerberinnen die Stelle teilen. Hierauf solle in der Ausschreibung ausdrücklich hingewiesen werden.

Lehrervertreterin Sielaff bat um zusätzliche Flyer bezüglich der Ferienbetreuung durch den Verein „Ferienzauber“ e. V., um diese in der Schule auslegen zu können.

Rfr. Grüßing sagte, die Beförderung mit dem Schulbus zu den Kindergärten müsse verbessert werden, da durch die verlängerten Öffnungszeiten Kinder teilweise die Busbeförderung nicht mehr in Anspruch nehmen könnten.

**TOP 11: Schließung der öffentlichen Sitzung**

Der Vorsitzende schloss um 17:35 Uhr die öffentliche Sitzung.